



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Presse](#) › **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Wirtschaftsminister kommentiert Studie zum Wirtschaftsstandort Bayern

6. Dezember 2024

MÜNCHEN Laut einer Studie der Unternehmensberatung des Wirtschaftsforschungsinstituts IW Köln würden sich viele Firmen wieder in Bayern ansiedeln. Trotz der hohen Verbundenheit mit dem Freistaat gibt es Handlungsbedarf bei zentralen Standortfaktoren wie Bürokratie, Energiepreisen und Fachkräftemangel.

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger betont, dass der Freistaat bereits wichtige Schritte unternimmt, fordert aber auch klare Unterstützung von der Bundespolitik. Aiwanger: „Die mittelmäßigen Noten für den Standort Bayern nehmen wir sehr ernst. Unsere Unternehmen beweisen aber mit 92 Prozent Heimatverbundenheit, dass Bayern attraktiv ist. Klar ist auch: Der Freistaat kann sich nicht von den Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU abkoppeln. Wir sind zu teuer und zu langsam geworden, teilweise zu ideologisch. Unsere Wirtschaft braucht jetzt dringend eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und keine zusätzlichen Auflagen.“

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass insbesondere die Bürokratie, die Energiepreise und der Fachkräftemangel die Unternehmen belasten. „Die hohen Strom- und Energiekosten treffen nicht nur unsere energieintensive Industrie, sondern ziehen sich durch die gesamte Wirtschaft. Gleichzeitig frisst die Bürokratie wertvolle Ressourcen auf, die unsere Unternehmen für Innovationen und Wachstum dringend benötigen. Bayern macht vor, wie es besser geht: zum Beispiel mit dem Transformationsfonds, der mit 100 Millionen Euro die Automobilindustrie unterstützt oder mit einem neuen Fonds für Start-ups in Höhe von 750 Millionen Euro“, erklärt der Minister.

Vom Bund und der EU fordert Aiwanger: „Wir brauchen schnellstmöglich eine wirksame Entlastung bei den Stromkosten, einen ambitionierten Bürokratieabbau und eine Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, die den Mittelstand und die Industrie stärkt. Deutschland darf sich als Wirtschaftsstandort nicht weiter selbst ausbremsen. Der Vorschlag der Bundesregierung zur Senkung der Netzentgelte ist zwar ein erster wichtiger Schritt, in der geplanten Größenordnung aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen weiterhin eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle und einen unbürokratischen, branchenoffenen Wirtschaftsstrompreis.“

Ansprechpartnerin:

Dr. Aneta Ufert

Stellv. Pressesprecherin

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

